

Medienmitteilung

Dienstag, 21. Februar 2012

Die Ferieninitiative schadet den Schweizer Unternehmen

Spitzenverbände der Wirtschaft sagen **NEIN** zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle»

Die Ferieninitiative ist das falsche Rezept für den Standort Schweiz, denn bereits heute weist die Schweiz sehr hohe Arbeitskosten auf. Eine weitere Erhöhung schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet Arbeitsplätze. Ausserdem höhlt die Initiative mit ihrer starren Vorgabe die bewährte Sozialpartnerschaft aus. Darum engagiert sich die Wirtschaft gegen die nicht finanzierbare Ferieninitiative. Das betonten Vertreter des Arbeitgeberverbands, Swissmem, der Fédération des Entreprises Romandes Genève und economiesuisse anlässlich einer Medienkonferenz.

Die Forderung nach sechs Wochen bezahlten Ferien tönt verlockend. Bei genauerem Hinsehen erweist sie sich aber für viele Beschäftigte als unnötig. Denn der durchschnittliche Ferienanspruch beträgt dank einer Vielzahl von Gesamtarbeitsverträgen und Firmenregelungen bereits heute rund fünf Wochen. Für über Fünfzigjährige sind es gar 5,4 Wochen. Diese sozialpartnerschaftlichen Regelungen wären durch eine starre Ferienregelung gefährdet. «Die Sozialpartner hätten keinen Spielraum mehr, um praxisnahe Lösungen zu vereinbaren», sagt Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Denn Ferien sind nicht das einzige Element in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Genauso wichtig sind beispielsweise Lohnentwicklung, Sozialleistungen oder Teilzeitstellen.

Ferieninitiative schadet den Unternehmen

Für Hans Hess, Präsident von Swissmem, ist die Initiative ein Angriff auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen. «Weltweit weist die Schweiz in der Industrie bereits heute die zweithöchsten Arbeitskosten auf», sagt Hess. Höhere Ferienansprüche würden die Unternehmen im internationalen Wettbewerb weiter ausbremsen. «Das können wir uns einfach nicht mehr leisten», so Hess. Zudem fallen weitere Organisationskosten (Stellvertretungen, Koordination längerer Absenzen) an, die vor allem für kleine Unternehmen nicht leicht zu schultern sind. Können die Ferienabsenzen nicht kompensiert werden, sinkt die Wertschöpfung. Je kleiner die Belegschaft ist, desto stärker fallen Absenzen und zusätzliche Kosten ins Gewicht.

Standort Schweiz nicht gefährden

Sechs Wochen Ferien würden die schweizerischen Arbeitgeber rund 6,3 Milliarden Franken kosten. Mit höheren Arbeitskosten sinken die Chancen der Schweiz im internationalen Wettbewerb. Verlierer wären insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen. Denn wenn grössere und internationale Unternehmen wegziehen, leidet auch die Zulieferindustrie. «Wenn die einheimischen Unternehmen nicht mehr zu konkurrenzfähigen Preisen produzieren können, wäre eine vermehrte Auslagerung ins

Ausland nicht zu vermeiden. Das muss gerade im Interesse der Arbeitsplätze unbedingt verhindert werden», betont Gerold Bühler, Präsident von economiesuisse.

Der Stress wird zunehmen

Die Initianten haben sich die Bekämpfung des zunehmenden Stresses auf die Fahne geschrieben. Allerdings ist nirgends schlüssig bewiesen, dass mehr Ferien langfristig tatsächlich zu weniger Stress oder einer besseren Gesundheit führen. Die Franzosen beispielsweise verfügen mit der 35-Stunden-Woche und 35 Tagen Ferien (inklusive Feiertage) über deutlich mehr Freizeit als die Schweizer. Gebracht hat es Frankreich wenig. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Wirtschaft schwächelt und mit 8,5 Tagen sind die Franzosen doppelt so oft krank wie die Schweizer. Sechs Wochen Ferien sind auch für die Arbeitnehmer nicht gratis zu haben. Tiefere Löhne oder der Verzicht auf Lohnerhöhungen könnten die Folge sein. «Die Initiative erweist sich damit als Bumerang für die Arbeitnehmer», schliesst Blaise Matthey, Direktor der Fédération des Entreprises Romandes Genève.

Rückfragen:

Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband: 079 634 12 10

Hans Hess, Präsident Swissmem: 079 687 04 00

Blaise Matthey, Direktor Fédération des Entreprises Romandes Genève: 079 628 11 91

Gerold Bühler, Präsident economiesuisse: 079 406 60 13



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Medienkonferenz

Wirtschaft gegen die Ferieninitiative

Dienstag, 21. Februar 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Die drei Hauptgründe gegen die Ferieninitiative

Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Forderung nach «6 Wochen Ferien für alle» tönt sympathisch. Und sie wird von den Initianten scheinbar vernünftig mit dem Bedürfnis der Arbeitnehmenden nach mehr Erholung und ihrem Anspruch auf eine angemessene Beteiligung an den Produktivitätsfortschritten begründet. Bei näherer Betrachtung erweist sich jedoch:

1. Die Initiative ist für die Grosszahl der Beschäftigten unnötig.
2. Die Initiative schränkt den Spielraum für die sozialpartnerschaftliche Regelung der Arbeitsbedingungen ein.
3. Die Initiative gefährdet mit ihren Kostenfolgen Arbeitsplätze in der Schweiz.

Ich will Ihnen diese drei Hauptgründe gegen die Ferieninitiative kurz erläutern. Meine Kollegen werden dann die ablehnende Haltung der Wirtschaft in ihren Referaten weiter vertiefen.

Die schweizerischen Beschäftigten haben kein Feriendefizit

Obwohl der gesetzliche Ferienanspruch heute vier Wochen pro Jahr beträgt, profitieren sehr viele Arbeitnehmende von Gesamtarbeitsvertrags- oder Firmenregelungen, die weit darüber hinausgehen. So erhalten die Beschäftigten in der Bauwirtschaft, in der Druckindustrie und in der Uhrenindustrie bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen und danach sechs Wochen Ferien. Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat eine nahezu gleich grosszügige Lösung, und in der MEM-Industrie sind die 40- bis 50-Jährigen noch bessergestellt. Auch in anderen Branchen liegen die effektiven Ferienansprüche deutlich über vier Wochen. Zudem haben die Beschäftigten in der Regel noch acht bis zehn bezahlte Feiertage. Und häufig können sie Kompensationstage zu weiteren «Quasi-Ferien» verbinden.

Von einem Feriendefizit der Beschäftigten in der Schweiz kann deshalb keine Rede sein, zumal sie auch im internationalen Vergleich nicht schlecht abschneiden. Man darf eben nicht nur auf die gesetzlichen Regelungen abstellen, sondern muss die effektiven Ferien-/Feiertagsansprüche miteinander vergleichen. Die Behauptung der Initianten, den schweizerischen Beschäftigten fehle die nötige Erholungszeit, steht zudem im deutlichen Gegensatz zu den Studien über die Arbeitszufriedenheit und zu den Absenzstatistiken: Die schweizerischen Arbeitnehmenden erklären zu über 85 Prozent, Arbeit und Freizeit gut miteinander vereinbaren zu können. Und die Krankheitsabsenzen liegen hierzulande nicht etwa höher, sondern tiefer als in Ländern mit mehr Ferien. Anders als die Initianten glauben, sind mehr Ferien im Kampf gegen den Stress eben nicht zielführend.



Die differenzierten sozialpartnerschaftlichen Regelungen haben sich bewährt

Wenn schon heute viele Beschäftigte mehr als vier Wochen Ferien haben: Weshalb wehren wir uns denn gegen die Erhöhung des gesetzlichen Ferienanspruchs? Entscheidend ist, dass die guten Ferienbedingungen in der Schweiz von den betroffenen Sozialpartnern auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der jeweiligen Branchen oder Unternehmen abgestimmt sind. Diese Differenzierungsmöglichkeiten gingen mit der Erhöhung des gesetzlichen Minimums von vier auf sechs Wochen Ferien verloren. Die Sozialpartner hätten keinen Spielraum mehr, um in ihren Verhandlungen praxisnahe Lösungen zu vereinbaren. In den Branchen und Unternehmen ist doch auszuhandeln, wie die Arbeitnehmenden von der steigenden Arbeitsproduktivität profitieren. Das muss nicht a priori in Form von verlängerten Ferien geschehen. Vielen Arbeitnehmenden sind andere Elemente der Arbeitsbedingungen, wie z.B. die Wochenarbeitszeit, der Lohn oder die Sozialleistungen, ebenso wichtig. Dass die Gewerkschaften nun den Gesetzgeber zur einseitigen Priorisierung der Ferien aufrufen und damit ein klassisches Verhandlungsfeld aufgeben wollen, ist unverständlich.

Die Folgekosten gefährden Arbeitsplätze

Die sozialpartnerschaftliche Verteilung des Produktivitätsfortschritts funktioniert in der Schweiz gut und ein Nachholbedarf zugunsten von mehr Ferien lässt sich nicht begründen. Die gegenteilige Behauptung der Initianten basiert auf einer falschen Berechnung. Sie stellen die gesamtwirtschaftlichen, auch von Strukturveränderungen getriebenen Produktivitätsfortschritte der Entwicklung des Lohnindex gegenüber, der eben diese strukturellen Veränderungen ausklammert. Legt man die richtigen Daten zugrunde, dann haben sich Produktivität und Löhne in der schweizerischen Volkswirtschaft über die letzten 20 Jahre fast parallel entwickelt. Dementsprechend hoch sind die schweizerischen Arbeitskosten. Sie liegen ein Viertel bis ein Drittel über denjenigen wichtiger Konkurrenzstandorte und beeinträchtigen schon heute die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Kostenerhöhungen, wie sie die Annahme der Ferieninitiative bringen würde, nicht zu verantworten. Bei einer zusätzlichen Ferienwoche beträgt der Anstieg der reinen Arbeitskosten für das betroffene Unternehmen über zwei Prozent. Gesamtwirtschaftlich ist – konservativ geschätzt – mit Kosten von etwa 6,3 Milliarden Franken zu rechnen. Darüber hinaus drohen den Unternehmen noch Organisationskosten und Wertschöpfungsausfälle. Besonders betroffen wären die KMU. Viele Unternehmen könnten diese Belastungen nicht verkraften und müssten entweder bei anderen Leistungen kürzen oder Arbeitsplätze abbauen.

Es ist zu hoffen, dass die Stimmberechtigten am 11. März eine gesamtheitliche Betrachtung vornehmen und der trügerischen Verlockung von zusätzlichen Ferien widerstehen. Ein «NEIN» liegt auch und vor allem im Interesse der Arbeitnehmenden!

Medienkonferenz
Wirtschaft gegen die Ferieninitiative
Dienstag, 21. Februar 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sechs Wochen Ferien schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie

Hans Hess, Präsident Swissmem

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Swissmem-Haltung zur Ferieninitiative ist klar: Sechs Wochen Mindestferien würden die Wettbewerbsfähigkeit der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) schwächen – und dies in einem ohnehin schon sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Die Initiative gefährdet somit schlicht und einfach Arbeitsplätze. Und im Weiteren würden bewährte, sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Ferienregelungen künftig verunmöglicht.

Die MEM-Industrie nimmt in der schweizerischen Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Sie erwirtschaftet rund neun Prozent des schweizerischen BIP und beschäftigt über 330'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie exportiert fast 80 Prozent ihrer Erzeugnisse. Davon gehen über 60 Prozent in den Euro-Raum. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist diese Branche für mehr als ein Drittel aller schweizerischen Warenexporte verantwortlich. Damit die MEM-Industrie ihre Rolle als tragende Säule für die Schweizer Volkswirtschaft weiter leisten kann, muss sie international wettbewerbsfähig sein.

Die Frankenstärke hat im vergangenen Jahr in der MEM-Industrie tiefe Spuren hinterlassen. Viele Unternehmen waren gezwungen, ihre Exportpreise massiv zu senken, um überhaupt noch Aufträge gewinnen zu können. In den ersten neun Monaten 2011 betrug die Preisabschläge gegenüber der Vorjahresperiode hohe 4,8 Prozent. Das hat sich direkt und in gleichem Ausmass auf die Margen ausgewirkt. Über ein Drittel der Unternehmen der MEM-Industrie sind in die operative Verlustzone geraten. Viele Firmen leben zurzeit von der Substanz.

Die Unternehmen der MEM-Industrie haben rasch reagiert und auf betrieblicher Ebene verschiedenste Massnahmen ergriffen, um die negativen Auswirkungen der Frankenstärke abzdämpfen. Sie reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um die Nachteile zu kompensieren. Viele Betriebe stossen bereits heute an ihre Grenzen und kämpfen unverschuldet um ihre Existenz.

Kosten der Initiative belasten vor allem kleine Unternehmen

Eine Annahme der Ferieninitiative würde massive Zusatzkosten verursachen. Schätzungen gehen von rund 6,3 Milliarden Franken direkten Mehrkosten aus. Weltweit weist die Schweiz in der Industrie bereits heute die zweithöchsten Arbeitskosten auf. Sie sind deutlich höher als in den meisten Industrieländern. Eine Annahme der Initiative würde die Arbeitskosten weiter verteuern und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie empfindlich beeinträchtigen. Das können wir uns einfach nicht mehr leisten. Mehrkosten sind genau das Gegenteil von dem, was die Exportindustrie zurzeit braucht. Der Existenzkampf kann nur durch Effizienzsteigerung und Innovation gewonnen werden. Die Ferieninitiative bringt dabei genau das Gegenteil – weniger Leistung für den gleichen Lohn, also weniger Effizienz.

Ein Anstieg der Arbeitskosten zeigt zudem nicht die vollen Auswirkungen der Ferieninitiative. Neben höheren Lohnkosten kommen auch Organisationskosten dazu. Längere und häufigere Absenzen aufzufangen bedeutet für die Unternehmen einen beträchtlichen Koordinationsaufwand. Ersatzpersonal ist nicht immer zur Hand. Eine flexible und kostengünstige Stellvertretung zu finden, die das nötige Know-how mitbringt, ist gerade in spezialisierten Betrieben oft nicht möglich. Können die Ferienabsenzen nicht kompensiert werden, sinkt die Wertschöpfung. Kleine Unternehmen – diese machen in unserer Branche 93 Prozent der Firmen aus – würde der finanzielle und organisatorische Aufwand für Stellvertretungen vor grosse Probleme stellen. Denn je kleiner eine Belegschaft, desto stärker fallen Absenzen ins Gewicht.

Viele Unternehmen müssen sich heute aufgrund von Kostenproblemen bereits die Standortfrage stellen. Eine Annahme der Ferieninitiative würde hier – weit über die Kostenfolgen hinaus – ein verheerendes Signal aussenden. Gewinnen die Unternehmensleitungen den Eindruck, dass die Schweiz ihre Standortkosten in die Höhe treibt, wird die Tendenz zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins kostengünstigere Ausland zunehmen.

MEM-Industrie hat eine grosszügige Ferienregelung

Erlauben Sie mir bitte noch einen abschliessenden, aber wichtigen Hinweis: Bereits heute haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dem GAV der MEM-Industrie unterstellt sind, Anrecht auf mindestens 25 Tage Ferien. Ab 40 Jahren steigt der Anspruch auf 27 Tage und mit 50 Jahren beziehen unsere Mitarbeitenden 30 Tage Ferien pro Jahr. Dazu kommen neun bezahlte Feiertage und verschiedentlich «vorgeholte» Brückentage. Diese Regelungen sind das Ergebnis sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen und sind im GAV der MEM-Industrie verankert. Das Beispiel der MEM-Industrie zeigt: Es sollte Angelegenheit der Sozialpartner bleiben, praxisorientierte Lösungen zu finden, die auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der einzelnen Branchen abgestimmt sind. Wir wollen uns den Freiraum für solche Verhandlungen nicht vom Gesetzgeber einschränken lassen.

Fazit: Eine Annahme der Ferieninitiative schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft und wird vor allem bei kleinen und mittleren Betrieben, unseren KMU's, Arbeitsplätze kosten.

Medienkonferenz der Wirtschaft 21. Februar 2012, Bern

Nein zur Initiative «Sechs Wochen Ferien für alle»

Kein Zusammenhang zwischen Arbeitsstress und Feriendauer

**Blaise Matthey, Generaldirektor
Fédération des Entreprises Romandes Genève**

In ihrer Kampagne für die Initiative «Sechs Wochen Ferien für alle» führt die Gewerkschaft Travail.Suisse den Stress als Argument ins Feld. Dass Stress in der Arbeitswelt ein Problem ist, steht ausser Frage. Die Initiative bietet den Arbeitnehmenden aber keine Lösung. Kein Experte würde es wagen, das Gegenteil zu behaupten.

Auf den Westschweizer Plakaten von Travail.Suisse wird behauptet, die sechs Ferienwochen seien «das beste Programm gegen Stress». Die Aussage klingt zwar überzeugend, hält aber einer genaueren Prüfung der Fakten und Zahlen nicht stand.

Vor Kurzem hat das SECO in einer Studie festgestellt, dass der Arbeitsstress zunimmt. 34 Prozent der Befragten geben an, sich häufig oder sehr häufig gestresst zu fühlen. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass das Gros der Arbeitnehmenden nie oder sehr selten Stress erleben. Mit anderen Worten: Die Initianten wollen allen Arbeitnehmenden die eventuellen Vorteile von sechs Ferienwochen gewähren, obwohl beinahe 79 Prozent der betroffenen Personen gar keine Massnahmen zur Stressbekämpfung benötigen.

Zum Vergleich: In einer aktuellen Studie bezeichnen 41 Prozent der französischen Beschäftigten den Stress als Problem. In Frankreich werden ähnliche Stressursachen genannt wie in der Schweiz – trotz einer Wochenarbeitszeit von 35 Stunden und fünf Ferienwochen (plus insgesamt zehn Feiertage).

In Finnland kommt eine Studie zum Fazit, dass bis zu 50 Prozent der Arbeitnehmenden in unterschiedlichem Ausmass mit einem Burnout zu kämpfen haben. Eine Erhebung der Firma Mercer aus dem Jahr 2009 zeigt jedoch, dass Finnland ausgerechnet zu den Ländern mit den höchsten Ferienansprüchen gehört, nämlich 40 Tage pro Jahr!

Das Problem Stress existiert. Es reduziert sich aber nicht auf die Frage über mehr Ferienwochen.

Die vom SECO durchgeführten Studien zum Thema Stress sagen zudem nichts über die Feriendauer der Befragten aus. Rein intuitiv würde man davon ausgehen, dass Beschäftigte mit vier Wochen Ferien sich gestresst fühlen müssten, Beschäftigte mit fünf Wochen Ferien hingegen weniger oder gar nicht. In der Schweiz beträgt die Feriendauer aber oft mehr als vier Wochen. Es gibt also logischer-

weise auch Arbeitnehmende, die sich sehr gestresst fühlen, obwohl sie schon mehr als vier Wochen Ferien geniessen.

Stress hängt also nicht mit der Feriendauer zusammen, sondern wird durch mehrere ökonomische und soziale Faktoren verursacht, unter anderem den Druck, in der globalisierten Welt wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben. Stress kann auch auf Prozesse in der firmeninternen Organisation zurückgehen: zu knappe Fristen, häufige Arbeitsunterbrechungen, mangelhafte Planung, unklare Weisungen usw. Schliesslich führen betriebliche oder arbeitsbezogene Umstellungen oder Veränderungen im Privatleben der Beschäftigten häufig zu Stress. Laut den Spezialisten der WHO kann man angesichts dieser breiten Palette über die Ursachen für ein Burnout und Stress nur spekulieren.

Die Ferieninitiative hilft nicht gegen Arbeitsstress, im Gegenteil: Mit einer Zunahme der Abwesenheiten würde der Stress noch verschlimmert. Denn das gleiche Arbeitspensum müsste in kürzerer Zeit bewältigt werden. Kleinere Betriebe könnten sich wahrscheinlich keine Stellvertreter leisten. Damit würde die Arbeitsbelastung der übrigen Beschäftigten während des restlichen Jahres steigen.

Nach Schätzungen des SECO verursachen die Auswirkungen von Stress in der Schweiz Kosten von jährlich insgesamt 10 Milliarden Franken. Daran ändert die Initiative nichts. Hinzu käme allerdings der Preis von sechs Ferienwochen, nämlich über 6 Milliarden Franken.

Unter dem Strich ergibt die Ferieninitiative eher ein Problem als eine Lösung. Unsere Wirtschaft muss sich weiter anstrengen, um den Arbeitsstress zu bekämpfen. Das ist nicht nur ein Muss, um produktiv zu bleiben, sondern auch eine gesetzliche Pflicht. Allerdings ist die Effizienz grösser, wenn die Unternehmen nicht mit Zusatzkosten und Mehraufwand belastet werden, die die betriebliche Organisation behindern.

Das schweizerische Modell muss bewahrt werden

Der Aspekt des Stresses verdient Aufmerksamkeit. Abgesehen davon steht die Initiative im Widerspruch zu unserer – von vielen Arbeitnehmenden geteilten – allgemeinen Sicht des schweizerischen Wirtschaftsmodells.

Unser Land hat diesbezüglich Grund zum Stolz. Der Wohlstand ist das Ergebnis ausdauernder Arbeit. Wir setzen auf Produktivität, auf individuelles und kollektives Engagement, auf Mässigung bei der Lohnpolitik, angemessene Ferienansprüche, eine Wochenarbeitszeit von 42 Stunden im gesamtschweizerischen Durchschnitt und geringe Arbeitslosigkeitsrisiken. Soziale Fortschritte ergeben sich nie aus einseitigen Beschlüssen, sondern aus dem Weg, den Arbeitgebende und Arbeitnehmende mit der umsichtigen Hilfe der Politik gemeinsam zurücklegen.

Ein Land wie Frankreich, das entgegen aller ökonomischen Analysen die 35-Stunden-Woche durchgesetzt hat, ist ein Paradebeispiel für die negativen Beschäftigungsfolgen solcher Projekte.

Nicht alle Betriebe können die Zunahme der Arbeitskosten verkraften, die eine Verringerung der Arbeitszeit mit sich bringen würde. Es wäre bedauerlich, wenn die Initiative zu einem dauerhaften Lohnstopp führen und das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern belasten würde.

In Kürze: Viele Betriebe leiden bereits unter dem starken Schweizer Franken. Die chaotische Situation im Euroraum macht eine Abkühlung der Konjunktur wahrscheinlich. Wir dürfen uns das Leben nicht noch schwerer machen und sagen deshalb NEIN zur Ferieninitiative.

Medienkonferenz
Wirtschaft gegen die Ferieninitiative
Dienstag, 21. Februar 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Die Initiative schadet der Schweizer Wirtschaft mit ihren Arbeitsplätzen

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Der schweizerischen Wirtschaft bläst momentan ein kalter Wind entgegen. Beinahe täglich berichten die Medien über Sofortmassnahmen zur Rettung des Euro, über hochverschuldete Staaten, über steigende Arbeitslosenzahlen und die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern.

Die Schweiz hat sich bisher erstaunlich krisenresistent gezeigt. Unsere Wirtschaft ist im internationalen Vergleich anpassungsfähig und solide aufgestellt. Das kommt nicht von ungefähr. Dazu beigetragen haben neben einer breit abgestützten volkswirtschaftlichen Struktur, die von kleinen und mittleren Betrieben bis hin zu den grossen Multis geprägt ist, in erster Linie die attraktiven Rahmenbedingungen. Dazu zählen insbesondere eine moderate Steuerbelastung, eine hohe Rechtssicherheit, offene Märkte, eine im Vergleich unbürokratische Verwaltung, erstklassige Infrastrukturen und eine hohe Innovationskraft. Auch das liberale Arbeitsrecht und die über 100-jährige sozialpartnerschaftliche Tradition zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern tragen zu diesem Erfolg bei. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat sich die Sozialpartnerschaft bewährt. So konnten in vielen Branchen und Betrieben zeitlich limitierte Massnahmen zur Stärkung unserer Unternehmen ergriffen werden. Das hat auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen. Die Ferieninitiative ist ein Frontalangriff auf dieses Erfolgsmodell.

Die Ferieninitiative würde der Schweizer Wirtschaft und ihren Beschäftigten in vielerlei Hinsicht schaden:

Die Schweiz hätte auf einen Schlag einen in der Verfassung festgeschriebenen Mindestferienanspruch von sechs Wochen. Damit stünde unser Land in der Spitzengruppe des Ferienrankings.

- Mehr Ferien bei gleichem Lohn – das kostet. Berechnungen des Bundesrats haben ergeben, dass eine zusätzliche Ferienwoche zusätzlichen Lohnkosten von zwei Prozent entspricht. Das sind rund 6,3 Milliarden Franken pro Jahr. Diese müssten die Schweizer Unternehmen und die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber berappen. Und das, obwohl die Schweiz im internationalen Vergleich bereits heute die höchsten Arbeitskosten aufweist.

- Höhere Arbeitskosten würden der Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen ausgerechnet in einem ohnehin schon schwierigen Umfeld erheblich schaden. Die Schweiz würde zudem im globalen Wettbewerb als Standort an Anziehungskraft verlieren. Die internationalen Unternehmen sind für die Schweizer Wirtschaft jedoch von hoher Bedeutung. Schweizerische und ausländische internationale Unternehmen erwirtschaften mit 34 Prozent einen wichtigen Teil unseres Bruttoinlandsprodukts. Sie tragen zur Innovationskraft bei und schaffen einen bedeutenden Anteil an Arbeitsplätzen. Vor allem die spezialisierte KMU-Zulieferindustrie hat in den letzten Jahren von den international tätigen Firmen profitiert.
- Die schweizerischen Unternehmen sind bereits heute durch den überhöhten Franken gebeutelt. Mit höheren Arbeitskosten sinken auch die Chancen im Wettbewerb um neu zuziehende und neu zu gründende Firmen. Genau diese brauchen wir aber. Sie haben der Schweiz in den letzten Jahrzehnten in beträchtlichem Umfang Wachstum und Wohlstand beschert. Von den hohen Steuereinnahmen ganz zu schweigen. Multinationale Unternehmen sind in ihrer Standortwahl flexibel, sie investieren und siedeln sich dort an, wo sie ideale Bedingungen vorfinden. Ein Beispiel: Wo geht ein internationales Unternehmen hin, wenn es die Wahl hat zwischen der Schweiz und einem Land mit ähnlich guten Standortvorteilen, bei uns jedoch mit noch höheren Lohnkosten und einem Mindestferiensatz von sechs Wochen rechnen muss? Bei Annahme der Ferieninitiative wäre die Wahrscheinlichkeit gross, dass sich Firmen gegen die Schweiz und für einen lohn- und ferientechnisch «günstigeren» Standort entscheiden. Arbeitsplatzverlust wäre eine gravierende Folge.
- Die Ferieninitiative schadet insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, die weniger als 250 Mitarbeitende beschäftigen. Die KMU stellen mit 99,7 Prozent das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie wären die grossen Verlierer, denn die Initiative trifft sie gleich doppelt: Wenn grössere und internationale Unternehmen wegziehen, entzieht das der Zulieferindustrie ihre Existenzgrundlage. Wenn die einheimischen Unternehmen nicht mehr zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren können – ich denke hier insbesondere an die Exportindustrie, die besonders unter dem starken Franken leidet –, wäre eine vermehrte Auslagerung ins Ausland nicht mehr zu vermeiden. Zudem könnten Unternehmen im Zulieferbereich aus Kostengründen ihre Güter und Dienstleistungen vermehrt im günstigeren Ausland beziehen, statt wie bisher einheimische KMU zu berücksichtigen. Dieser Teufelskreis muss unbedingt vermieden werden.

Die Initianten stellen mehr Ferien über den Wirtschaftsstandort Schweiz und die bewährten branchenorientierten Arbeitszeitregelungen. Das Aushandeln der Ferienansprüche durch die Sozialpartner und die damit verbundene Flexibilität sind Trümpfe, um die die Schweiz weitherum beneidet wird. Als rohstoffarmes Land muss die Schweiz ihrer wichtigsten Wohlstandsquelle – der Arbeitskraft – dringend Sorge tragen. Wir können es uns nicht erlauben, den eigenen Standort zu schwächen. Gute Rahmenbedingungen sind für die zukünftige Entwicklung der Schweizer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Sie haben einen wesentlichen Einfluss auf die hier ansässigen Unternehmen und bilden die Voraussetzung für Neuinvestitionen und zukünftige Arbeitsplätze.

Wir dürfen nicht vergessen: Noch belegen wir in den internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft einen Spitzenplatz. Doch der Standortwettbewerb wird nicht nachlassen.

Mit der Ferieninitiative setzen wir einen unserer Trümpfe im internationalen Wettbewerb unnötig aufs Spiel. Deswegen setze ich mich am 11. März für ein deutliches NEIN zur Ferieninitiative ein.